Preis der Einzelnummer 5 Grusch

Bezugspreis

Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T.Pfd., 6 Monate 8.50 T.Pfd., 12 Monate 15.– T. Pfd. Ausland: 1 Monat 5.– R.-Mark, 3 Monate 13.– R.-Mark, 6 Monate 25.– R.-Mark oder Gegenwert. Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 60 Grusch, 4. Seite 30 Grusch. (Inlandspreise)

Geschaeftsleitung: Schischhane-Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.

Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

توركيشه پوسط

3. JAHRGANG No 76 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Konstantinopel, Freitag, 16. März 1928

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

Die Vorbereitende Abrüstungskonferenz wurde in Genf eröffnet.

Die spanische Antwort auf die Einladung des Völkerbundes zum Wiedereintritt wird morgen erwartet.

Tewfik Rüschdi Bej verlässt heute Konstantinopel, um nach Genf zu reisen.

Griechische Beamtenbewegung.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

Φ Athen, 3. März.

Die griechischen Staatsbeamten, schon seit langem mit ihrem Gehalt unzufrieden, hielten in ganz Griechenland grosse Protestmeetings ab und drohten mit einem Beamtengeneralstreik. In Athen zogen sie in geschlossenen Reihen vor das Parlament, wurden aber von einer hier postierten Polizeimacht zurückgehalten und ihnen der Einlass in die tagende Kammer gewaltsam verweigert. Nur eine Abordnung erhielt die Erlaubnis und begab sich in die Kammer, hier die Wünsche ihrer draussen harrenden Kollegen vorbringend. Die Regierung sah sich infolge der drohenden Haltung der Beamtenschaft gezwungen, der Kammer ein besonderes Beamtengesetz vorzulegen und zur Eilabstimmung zu bringen. Der Finanzminister Kafandaris hielt in der griechischen Kammer eine Rede, in der er lobend a u f d i e d e u t s c h e n S t a a t s b e a m t e n hinwies, die während der schweren Zeit Deutschlands unverdrossen in treuer Pflichterfüllung ihrer Arbeit nachgingen und besonders in der schrecklichen Inflationszeit geduldig auf die Besserung der Staatsfinanzen warteten, die auch eine Verbesserung ihrer Bezüge mit sich bringen würde. Die deutschen Beamten hätten sich in ihrer Hoffnung nicht getäuscht gesehen. Auch der griechische Staatsbeamte müsse bedenken, dass die Regierung sich ernstlich mit einer Besserung des Loses ihrer Beamten befasse, dass aber erst im kommenden Finanzjahre an eine Erhöhung der Beamtengehälter gedacht werden könne und eine sofortige Erhöhung, wie sie die griechischen Beamten fordern, nicht in Frage käme. Andererseits sei die griechische Regierung entschlossen mit aller zu Gebote stehenden Strenge gegen etwa streikende Beamte vorzugehen und das soeben angenommene Gesetz unbarmherzig anzuwenden. *Die griechischen Staatsbeamten* waren mit diesen Erklärungen natürlich wenig zufrieden, besonders die Beamten in der Provinz, vor allen Dingen in Mazedonien und Thrazien verlangen durch lange Telegramme die sofortige Erklärung des Generalstreikes. Inzwischen haben die ausführenden Komitees geheime Sitzungen abgehalten, sie protestieren zunächst gegen das scharfe Gesetz, das man gegen die Beamten erlassen hat und bezeichnen es als mittelalterlich und gegen die griechische Verfassung gerichtet. Das in Frage kommende Gesetz hat ungefähr folgenden Wortlaut:

Artikel 1. Staatsbeamte und Angestellte jeden Grades und jeder Abteilung, die sich der Erfüllung ihrer Pflichten wegen Streikes enthalten, werden als nach gesetzlich vorschriftsmässig eingereichter Demission ihres Amtes enthoben und ist diese Demission zwangsweise anzunehmen. Diese Beamten dürfen nicht vor Ablauf von 6 Monaten wieder eingestellt werden.

Artikel 2. Staatsbeamte und Angestellte jeden Grades und jeder Abteilung, die an einem Streik teilnehmen oder später sich einem Streik anschliessen, werden — *und zwar die Chefs und* Anführer mit mindestens 3 Monaten, die übrigen mit höchstens 4 Monaten Gefängnis bestraft.

Artikel 3. Staatsbeamte und Angestellte jeden Grades und jeder Abteilung welche irgendwie in Verhandlung zwecks Streik-Ausbruch treten oder welche einen Streik androhen, oder welche direkt oder indirekt zwecks Erreichung ihrer Forderungen ihre Arbeit verlassen, werden mit der Strafe des Streikversuchs mit dem im vorhergehenden Artikel genannten Strafen belegt.

Die Verfolgung aller in diesem Gesetz vorgesehenen Uebertretungen erfolgt von amtswegen durch direkte Vorladung und ohne Voruntersuchung. Das Gesetz tritt nach seiner Veröffentlichung in der Regierungszeitung in Kraft.

Auf Grund dieses überstrengen Gesetzes scheint sich der Generalstreik der Beamten nicht zu verwirklichen, obgleich diese erklären, sich von niemand in Furcht jagen zu lassen und ihre Forderungen weiter energisch vertreten zu wollen.

Tewfik Rüschdi Bej in Konstantinopel.

Gestern traf, von Angora kommend, der Aussenminister Tewfik Rüschdi Bej in Haidar-Pascha ein. In seiner Begleitung befanden sich der Leiter der Chiffrierabteilung, Sekretäre des Aussenamtes und der Dolmetscher Sedat Bej. Man sah beim Empfang in Haidar-Pascha unter anderen: den Wali Mihdat Bej, den Stadtpräfekten Muhieddin Bej, den *Polizeipräsidenten Scherif Bej, Herrn* Diamandopulos, Herrn Widding, General De Lara und Herrn Holstadt von der Austauschkommission, Herrn Schlemmer und den persischen Geschäftsträger Mehmed Chan Said, viele persönliche Freunde des Ministers, sowie Vertreter der Presse waren zugegen, Tewfik Rüschdi Bej begab sich in einem Motorboot nach Galata und von dort in das Hotel Tokatlian. Heute verlässt der Aussenminister Konstantinopel wieder, um nach Genf zu fahren.

Der Prozess Ichsan Bej.

Heute um 3 Uhr nachmittags wurde vor dem Staatsgerichtshof das Zeugenverhör fortgesetzt. Es wurde abermals der frühere Vorsitzende der Bausektion des Marineministeriums, K o r v e t t e n - k a p i t ä n A l a e d d i n, verhört. Auf die Frage, was der Grund gewesen sei, dass der Vorschlag der holländischen Gesellschaft für Lieferung eines fertigen Docks ohne Inkenntnissetzung des zuständigen Ministeriums abgelehnt wurde, gab er zur Antwort, dass das Dock den Bedingungen nicht entsprochen habe und er hiervon dem Ministerium eingehend berichtet habe.

Weiter wurde der Dolmetscher R a g i b B e j verhört. Er war seinerzeit in Diensten der Gesellschaft St. Nazaire, behauptete jedoch, dass er gerade anlässlich der Besprechungen wegen der Uebernahme aus den Diensten der Gesellschaft ausgetreten sei und dass ihm der Name seines Nachfolgers nicht bekannt sei. Sabandschali Hakki Bej stellte fest, dass der Nachfolger Dschemil hiesse und sich augenblicklich in Bojuk bei der Holzfabrik befinde.

K j a s i m B e j, der als nächster vernommen wurde, erklärte, dass er von einem Kommissionsbrief über 100.000 t. Pf. zur Uebergabe an Ichsan Bej nichts wüsste, jedoch vernommen hätte, dass verschiedentlich private Verhandlungen zwischen Herrn Goddard und Sabandschali Hakki Bej vorgekommen seien.

Hierauf wurde der Brief, den Herrn Rosso an den Staatsgerichtshof anstelle einer offiziellen Aussage gerichtet hatte, zur Verlesung gebracht. In diesem Schreiben wird behauptet, dass Sabandschali Hakki Bej seitens der Gesellschaft einen Vorschuss von nahezu 500.000 Franken seitens der Gesellschaft als Vorschuss auf seine Kommission bewilligt wurde. Hakki Bej hätte mit diesem Gelde einige Dutzend Kravatten, etliche goldene Zigarettendosen und einen wertvollen Pelz f ü r s e i n e F r a u gekauft. Ausserdem berichtete das Schreiben, d a s s d i e G e s e l l s c h a f t, die mit der deutschen Konkurrenz zu kämpfen gehabt hätte, für den Fall eines Gelingens des Geschäftes, m i t g r o s s e n f i n a n z i e l l e n O p f e r n g e r e c h n e t h a b e.

Ichsan Bej wurde gefragt, ob auch er einen Anteil an der Kommission gehabt hätte. Er verneinte diese Frage, er habe weder einen Pfennig zugesichert erhalten noch bekommen.

Hierauf beendete der Staatsgerichtshof das Zeugenverhör und vertagte die Verhandlungen bis nach dem Beiramfest.

Der neue Marinekommandant von Konstantinopel.

Anstelle des zum Marinebeirat ernannten Mechmed Ali Bej, wurde Korvettenkapitain Ali Risa Bej zum Marinekommandanten von Konstantinopel ernannt. Mechmed Ali Bej ist heute nach Angora abgereist.

Abbruch der deutsch-russischen Verhandlungen?

Zu den Verhaftungen im Donetzgebiet.

Berlin, 15. März.

Heute morgens erschien der Reichskanzler nach seiner Krankheit wiederum bei der Kabinettssitzung. Im Verlaufe der Besprechungen kamen die Verhandlungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag zur Sprache, wobei Stresemann die Genfer Besprechungen behandelte. Auf der Tagesordnung standen gleichfalls die Zwischenfälle im Donez-Gebiet. Heute wird Stresemann dem russischen Botschafter Vorstellungen im Zusammenhang mit den Verhaftungen der deutschen Ingenieure machen; in der Zwischenzeit wird das Kabinett keine Beschlüsse fassen. Die Berliner Presse ist der Ansicht, dass die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen bis zur restlosen Klärung der besagten Zwischenfälle unterbrochen werden sollen.

Berlin, 15. März.

Es wird mit Bestimmtheit gemeldet, dass der deutsche Botschafter in Moskau die Instruktion erhalten habe, bei der Sowjetregierung unverzüglich Einzelheiten der Anschuldigungen gegen die im Donetz-Becken verhafteten deutschen Ingenieure zu verlangen und Vorlage der Beweisgründe, die zu ihrer Verhaftung geführt haben. Der Botschafter solle auch eine Bewilligung der Sowjetbehörden erwirken, damit der deutsche Generalkonsul in Charkof gemäss den bestehenden Vertragsklauseln die verhafteten aufsuchen könne. Gleichzeitig verwies der Reichsaussenminister den russischen Botschafter in Berlin auf die Stimmung in Deutschland und gab ihm zu verstehen, dass die Reichsregierung beabsichtige, die im Zuge befindlichen Wirtschaftsverhandlungen abzubrechen, wenn nicht nähere Erklärungen seitens der Sowjetregierung gegeben würden, die Licht in diese Angelegenheit brächten.

Die chinesische Studien-Kommission in Konstantinopel

Gestern traf die chinesische Studienkommission hier ein und wurde von verschiedenen Persönlichkeiten unserer Stadt empfangen. Wie schon berichtet, befinden sich einige höhere Beamte der chinesischen Regierung darunter. Die Kommission beabsichtigt eine Studienreise durch Europa zu unternehmen. Herr Schau-Scho-Wu erklärte Pressevertretern gegenüber, dass China bestrebt sei, dem türkischen Vorbild nachzueifern und der europäischen Kultur Eingang in China zu verschaffen. Im Verlaufe seine Rede verwies er auf das Bestehen der Kapitulationen in China und gab seiner Hoffnung auf baldige Befreiung seines Vaterlandes von diesen seiner Nation unwürdigen Bevormundungen Ausdruck.

Die Vertürkung der Juden.

Vor einigen Tagen veröffentlichten wir die neuen 10 Gebote für die Juden, verfasst von Mois Cohen, unter denen sich auch das Gebot befand, dass die Gebete in der Synagoge in türkischer Sprache verlesen werden sollen. Der Oberrabbiner Bedscherano protestierte dagegen und meinte, dass die Gebete in keiner anderen Sprache als in der Davids verlesen werden dürften. Eine andere Sprache als die hebräische könnte den Sinn der Thora nicht wiedergegeben.

Das afganische Königspaar in London.

London, 15. März. (A.A.)

Das afganische Königspaar war gestern Gast des Bürgermeisters in Guildhall. An der Feierlichkeit nahmen Chamberlain mit verschiedenen Mitgliedern der Regierung, weiter Macdonald, Marschall Milne und zahlreiche Persönlichkeiten wie Politiker, Gelehrte und Künstler teil. Die Gemahlin des Lord Major bot der Königin einen Blumenstrauss dar. Hierauf begab sich die Festversammlung in die Bibliothek des Rathauses, wo sie vom Herzog und der Herzogin von York, der Prinzessin Arthur von Connaught, dem Marschall Lord Allemby und dem Personal der afganischen Gesandschaft mit dem Gesandten an der Spitze, empfangen. *Der König und die Königin* nahmen zu beiden Seiten des Bürgermeisterpaares Platz, während die Prinzen des englischen Hauses sich zur Seite der Königin gruppierten. Hierauf überbrachte man dem Königspaare eine goldene Kasette mit der althergebrachten Begrüssungsurkunde. In seiner Dankeserwiderung erklärte Amanullah, dass seine Freundschaft mit dem englischen Könige einen wichtigen Faktor in der Ausgestaltung der gegenseitigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der beiden Länder spielen solle.

Hierauf begab man sich unter Beibehaltung des gleichen Zeremoniells in den Bankettsaal, der verschwenderisch ausgeschmückt war.

Die Vorbereitende Abrüstungskommission.

Berlin, 15. März.

Die Vorbereitende Abrüstungskommission in Genf begann die fünfte Session mit 150 Delegierten aus 24 Staaten. Ein deutscher Antrag erinnert an den Artikel des Völkerbundspaktes, mit der Verpflichtung zur Veröffentlichung der Rüstungen aller Völkerbundsstaaten.

Massenverhaftungen in Japan.

Tokio, 15. März. (A.A.)

In allen Teilen Japans kam es zu Verhaftungen. Unter den Verhafteten befindet sich Professor Ihuojama, der Führer des linken Flügels der Bauernpartei.

Tokio 15. März.

Die Polizei von Tokio verhaftete letzte Nacht bei einer Razzia auf dem Hauptquartier der Partei 100 Kommunisten.

Hinschcliff angeblich gesichtet.

Atlantic City, 15. März. (A.A.)

Die Nachrichten aus verschiedenen Ortschaften Neu-Englands, dass das gesichtete Flugzeug dasjenige des Fliegers Hinchcliff sei, werden in New York mit grosser Zurückhaltung aufgenommen. Vorläufig sind keine authentischen Meldungen eingetroffen.

Kabinettsbildung in Kairo.

Kairo, 15. März. (A.A.)

Nahas Pascha wird heute nachmittag das neue Kabinett unter Einbeziehung der Liberalen bilden.

Aus Deutschland.

Um den Wehretat.

Berlin, 15. März.

In der Aussprache über den Wehretat betonten alle Redner den friedlichen Charakter der Reichswehr, die, wie der deutsch-volksparteiliche Redner hervorhob, kaum die Neutralität Deutschlands garantieren könne. Alle Redner betonten die Notwendigkeit eines guten Einvernehmens mit *Frankreich*, besonders der Deutschnationale Graf Schulenburg, wobei allerdings unterstrichen wurde, dass die Aenderung der offiziellen Haltung Frankreichs Deutschland gegenüber und die Ablegung der Furcht des französischen Volkes vor dem wehrlosen Deutschland notwendig sei.

Deutsche Zeitungen in Italien beschlagnahmt.

London, 15. März.

Londoner Nachrichten zufolge wurden deutsche und englische Zeitungen, die die Tiroler Frage behandeln, in Italien beschlagnahmt.

Rückerstattung des österreichischen Eigentums.

Berlin, 15. März.

Blättern zufolge erstattete Kanada fast restlos das beschlagnahmte österreichische Eigentum zurück.

Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 15. März.

Der Warschauer deutsche Gesandte Rauscher kommt nach Berlin zum Bericht über die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Deutsche Flieger für Amerika.

New York, 15. März.

Nach Blättermeldungen wurden drei deutsche Segelflieger zu Lehrzwecken nach Amerika berufen.

Vertreter Leipzigs in Lyon.

Lyon, 14. März.

Eine offizielle Abordnung der Stadt Leipzig, bestehend aus dem Bürgermeister, dem Generaldirektor der Leipziger Messe und dem Vertreter der Lyoner Messe in Leipzig traf hier ein.

Kleine Nachrichten.

Kreuzer «Emden.»

Der Kreuzer «Emden» ist von seiner Weltreise am Dienstag wieder in Wilhelmshafen eingelaufen.

Transozeankabel.

Der Ueberseetelefondienst wird am 19. März auf Bremen, Düsseldorf, Köln und Mannheim ausgedehnt werden.

Alexander Zubkoff ausgewiesen.

Der Kölner Regierungspräsident wies den Gatten der Prinzessin Victoria von Preussen, Alexander Zubkoff, nachdem er wegen Passvergehens rechtskräftig verurteilt wurde, aus dem deutschen Reichsgebiet aus.

Stappellauf in Wilhelmshafen.

Unter grosser Beteiligung der Einwohner liefen in Wilhelmshafen die letzten vier Zerstörer der Wolfsklasse vom Stapel.

Letzte Nachrichten

Eine Unterstützung für die Dammbruchgeschädigten

London, 15. März.

Präsident Coolidge erklärte, dass die Washingtonregierung die durch die Dammbruchkatastropha Geschädigten mit Bundesgeldern unterstützen will, falls die kalifornische Regierung es wünschen sollte.

Unruhen im Jemen.

Aden, 15. März.

Da der Stamm der Zeidi im Jemen trotz wiederholter Verwarnungen Einfälle auf das Adener Protektoratgebiet unternommen hat, wobei Gefangene weggeführt wurden, unternahm die Besatzung von Aden eine Strafexpedition mit Bombenflugzeugen. Das Hauptquartier des Stammes in Kataba wurde fünf mal mit Bomben belegt und das Lager in Dala einmal. (Kataba liegt 80 Meilen nordwestlich von Aden.)

Englische Pressestimmen zur Italienisierung Südtirols.

Berlin, 15. März.

Londoner Blätter wenden sich gegen die italienische Absicht, in Südtirol ein Kriegerdenkmal zur Erinnerung an die italienischen Toten zu errichten, weil dieses ein beleidigendes Wahrzeichen der Eroberung und rücksichtslosen Unterdrückung der Tiroler Bevölkerung sei.

Berlin, 15. März. (AA)

Der Londoner «Daily Express» meint, dass Italien im Begriffe stehe eine neue Frage der Irredenta zu schaffen und beschuldigt es, eine Politik zu machen, die es aller Errungenschaften aus dem Weltkriege verlustig gehen machen könne.

Politische Wochenschau.

Konstantinopel 15. März.

Die Zukunftschwangeren Probleme, die sich am Horizont des Nahen Ostens abzeichnen, scheinen vorläufig von England, als dem Hauptbetroffenen, mit ziemlichem, wenn auch vielleicht nicht ganz echtem Gleichmut betrachtet zu werden. Dies gilt besonders für die ä g y p t i s c h e F r a g e. Nachdem das «Weissbuch» über die Vertragsverhandlungen zwischen der englischen Regierung und Sarwat Pascha und den umfangreichen Briefwechsel zwischen Sir Austen Chamberlain und Lord Lloyd in Kairo veröffentlicht ist, kann man schwerlich ableugnen, dass die englische Regierung von ihrem Standpunkt aus an die äusserste Grenze des zur Zeit realisierbaren gegangen ist, um die grosse Linie der Gleichberechtigung, die die markanteste Note ihrer neuen arabischen Politik bildet, auch Aegypten gegenüber zur Geltung zu bringen. Dieser Versöhnungsversuch ist fehlgeschlagen und, wie jeder Fehlschlag, so hinterlässt auch dieser einen bitteren Bodensatz. Darüber täuschen auch die frohen Reden der Anhänger einer Politik der «starken Hand» nicht hinweg, die rundweg erklären, dass die Annahme des Allianzvertrags durch Aegypten eine Kalamität für England gewesen wäre. Die Ablehnung des Vertrags gäbe England automatisch alle die Zugeständnisse, die es in den letzten sechs Jahren nach der Unabhängigkeitserklärung an Aegypten gemacht hatte, zurück, und stelle das Regime der vier bekannten «Reservationen» von 1922 im vollen Umfang wieder her. Die letzten Noten Englands an Aegypten zeigen allerdings dass die Samthandschuhe in der Behandlung Aegyptens abgestreift werden. Auf Grund der Reservation hinsichtlich ihres Rechts die Sicherheit des Lebens und des Eigentums der Fremden in Aegypten zu schützen, hat die englische Regierung von ihrem sogenannten Veto-Recht in legislativen und administrativen Angelegenheiten Gebrauch gemacht und energisch in die Befugnisse des ägyptischen Parlaments eingegriffen. Es handelt sich im besonderen um die von der ägyptischen Kammer und dem Senat genehmigte Veränderung der Vereinsgesetze und des Versammlungsrechts, die nun inhibiert wird. Damit wird den Nationalisten in ihrer Propaganda-Tätigkeit ein schwerer Knüppel zwischen die Beine geworfen. Falls sie sich das nicht gefallen lassen sollten, dürften andere Massregeln folgen und eine Steigerung selbst bis zur Wiederherstellung des Protektorats ist nach der Meinung sonst gut informierter englischen Organe nicht ausgeschlossen. Man kann sich denken, dass unter solchen Bedingungen und bei der herrschenden Atmosphäre in Aegypten die Bildung eines aktionsfähigen Kabinetts immer schwerer wird und die Hoffnung, dass Sarwat Pascha zur Macht zurückkehren könnte, auch von den Optimisten allmählich aufgegeben wird.

***

Unmittelbarer, als die ägyptische, ist die a r a b i s c h e G e f a h r für England und nicht nur für England, da eine grosse arabische Bewegung in allen umliegenden arabischen Staaten, also ausser dem Irak und Palästina auch in Syrien, ein Echo finden könnte. So merkwürdig es klingen mag, der Chef der Wahabiten im Irak, der von ihnen befehdet wird, hat eine grosse Zahl von Anhängern. Es mag erinnert werden, dass im Herbst 1927, als die Kontroverse über die Einführung der Militärpflicht im Irak auf ihrem Höhepunkt war, die Elemente, die gegen das Gesetz waren, mit dem Gedanken spielten, Ibn Sauds Intervention anzurufen. Ob die Ereignisse in Arabien eine ernstere Form annehmen, oder ob sie in Beduinen-Raids versickern werden, wird natürlich von der ferneren Haltung des «arabischen Cromwell», Ibn Sauds, abhängen. Die Erklärung des heiligen Kriegs gegen die «Ungläubigen» im Irak und in Transjordanien ist in gewisser Weise dementiert worden. Da die Nachricht darüber, dass Ibn Saud den Dschihad erklärt habe, über Koweit kam, musste sie, wie es auch an dieser Stelle getan wurde, mit Vorsicht aufgenommen werden. Der eingeängstigte Scheich von Koweit schlägt eben an die grosse Alarmglocke. Ibn Saud wird als gewiegter Diplomat sich England gegenüber nicht direkt blosstel-